

ANSPRECHPARTNERIN: KIRA BRAUN, LANDESVORSITZENDE
Talstraße 58, 66119 SB | 0160 90579293 | jusos-saar@spd.de
www.saarjusos.de



Eigenständige Kinder- und Jugendpolitik im Saarland



@ROTKEHLCHEN



@JUSOSSAAR
@KIRA_BRAUN



@JUSOSSAAR



+49 160 90579293



@JUSOS.SAAR

CDU Fraktion

Soziale Lage, Teilhabe und Beteiligung

1. Was umfasst aus Ihrer Sicht „Teilhabe und Mitwirkung von Jugendlichen“ und wie ist das – auch mit Blick auf die besonderen Bedingungen im ländlichen Raum – im Saarland zu gestalten?

Alle politischen Entscheidungen sind Weichenstellungen für die Zukunft der Kinder und Jugendlichen: Daher müssen sie diese mitgestalten dürfen. Es muss eine echte Beteiligung an politischen Entscheidungen geben, die nachhaltig organisiert wird. Es muss transparent nachvollziehbar sein, was mit den Ideen/Anregungen und Vorschlägen der jungen Menschen passiert.

Teilhabe und Mitwirkung muss auf allen Ebenen gewährleistet sein: Von der kommunalen Ebene bis zur Landesebene. Außerdem müssen junge Menschen auch aktiv an Entscheidungen durch die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre teilhaben können.

Teilhabe und Mitwirkung von jungen Menschen entsteht auch dadurch, dass sie sich in selbstorganisierten Jugendräumen zusammenfinden können. Deswegen muss sichergestellt sein, dass für die freie Jugendarbeit ausreichend Räume und vor allem auch Gelder zur Verfügung gestellt werden. Gerade im ländlichen Raum müssen Strukturen der Jugendarbeit unterstützt und weiter ausgebaut werden. Auch, dass nicht jeder Wunsch von jungen Menschen 1:1 umgesetzt werden kann, weil es viele Faktoren für Entscheidungen gibt, ist Teil von Demokratie und muss gelernt und transparent vermittelt werden.

Viele Kinder kommen zum ersten Mal in der Schule mit unserer Demokratie in Kontakt. Sie muss erlernt und erlebt werden, um sie zu schätzen. Mitbestimmung beginnt nicht erst während des Arbeitslebens, sondern ab der ersten Klasse. Dafür muss die Schüler*innenvertretung gestärkt werden, durch die nötige Zeit, materielle Ausstattung und Unterstützung. Darunter fallen unter anderem die Bereitstellung eines Raumes und von Büromaterialien, sowie die Möglichkeit während der Unterrichtszeiten Aufgaben der Schüler*innenvertretung wahrzunehmen. Um eine Begegnung auf Augenhöhe zu ermöglichen, müssen die demokratischen Gremien der Schule paritätisch zu gleichen Teilen mit Lehrer*innen, Eltern und Schüler*innen besetzt werden. Nur so fühlen sich Schüler*innen ernstgenommen und können demokratische Prozesse erlernen.

2. Welche Gruppen von jungen Menschen sind aus Ihrer Sicht nur schwer für Beteiligungsmodelle zu erreichen und welche Gründe sehen Sie hierfür?

Jungen Menschen aus schwierigen Verhältnissen fehlt oft die nötige Information über bereits bestehende Beteiligungsmöglichkeiten. Auch für finanziell schwächere

Familien kann eine Beteiligung oft abschreckend wirken, da sie meist mit Kosten (ÖPNV, Verpflegung, Vereinsbetrag etc.) versehen ist. Deswegen gilt es bei allen Beteiligungsmodellen, strukturelle Beteiligungsbarrieren – z.B. nach Bildung, sozialer Herkunft, finanziellen Möglichkeiten, Geschlecht, Migrationshintergrund, verfügbarer Zeit, körperlichen Einschränkungen, Sozialräumen – soweit wie möglich abzubauen.

Wir müssen, auch und vor allem bei den Beteiligungsmodellen, den Menschen in den Mittelpunkt stehen. Wir müssen uns von einer „Komm-Gesellschaft“ zu einer „Hingeh-Gesellschaft“ entwickeln.

3. Welche Teilhabe- und Mitwirkungsmöglichkeiten sind aus Ihrer Sicht besonders wichtig?

Jugendarbeit braucht eine funktionierende Infrastruktur. Seien es Räume, in denen regelmäßig Treffen stattfinden können mit funktionierenden Sanitäranlagen oder Seminarräume. Gerade im ländlichen Raum ist es oft schwer geeignete Räumlichkeiten zu finden. Schullandheime und Jugendherbergen bieten Platz zum Austausch und zur Vernetzung und sind für viele Vereine unerlässlich. Deswegen muss massiv in den Erhalt dieser Plätze investiert werden und Investitionsstau behoben werden. Auch auf kommunaler Ebene muss Raum für Jugendliche geschaffen und erhalten werden. Vor allem bei finanziell schwachen Kommunen werden Investitionen in Freizeitangebote hintenangestellt und kommen oft zu kurz. Das liegt daran, dass es aktuell als freiwillige Leistung gilt und nicht zwingend finanziert werden muss. Hier besteht Handlungsbedarf. Das ist nicht im Sinne einer guten Politik für junge Menschen, die dort oft zum ersten Mal mit unserer Demokratie in Kontakt kommen. Wenn wir Jugendliche in den Kommunen halten und unterstützen wollen, dann brauchen wir eine Verbesserung der Infrastruktur.

Gute Jugendpolitik kann nur mit echter Beteiligung funktionieren. Deshalb muss das Wahlalter auf 16 Jahre herabgesetzt werden. Ergänzend dazu müssen Kommunen verpflichtet werden, dass sie junge Menschen bei sie betreffenden Themen nicht nur anhören können, sondern in angemessener Form müssen. Zum Beispiel durch anlassbezogene Jugendforen, Anhörungen oder durch die Einsetzung von Jugendbeiräten. Das kann nur über eine Gesetzesänderung des § 49 a II KSVG, in eine Muss-Vorschrift, gelingen. Daneben unterstützen wir auch andere Formen der echten Jugendbeteiligung auf kommunaler Ebene. Zudem soll auf Landesebene ein Jugendlandtag/Jugendparlament eingerichtet werden, der mit echten Beteiligungsrechten ausgestattet ist. Auch im Rahmen von Gesetzgebungsverfahren soll das Jugendparlament gehört werden und der/die Vorsitzende/n soll in parlamentarischen Ausschüssen ein Berichtsrecht haben. Außerdem muss das Jugendparlament mit eigenen Geldern ausgestattet sein. Im Zusammenhang mit einem Jugendparlament soll auch ein „Fonds für junge Ideen“ eingerichtet werden. Dabei handelt es sich um ein Gremium, welches sich unter anderem aus Mitgliedern des Jugendparlamentes, Schülervertretungen, des Landesjugendrings und weiteren Akteuren zusammensetzt und über die Vergabe

projektbezogener Fördermittel entscheidet. Die Idee dahinter ist, dass die Jugendlichen selbst über Projekte von und für junge Menschen entscheiden. Diese können sich sowohl auf lokale als auch auf landesweite Initiativen beziehen.

4. Worin liegen nach Ihrer Ansicht die Gründe für dass in einigen Kommunen nur geringe Interesse an Jugendbeiräten und welche Möglichkeiten sehen Sie das Engagement von Jugendlichen zu erhöhen?

Jugendbeiräte und andere Beteiligungsformen erscheinen vor allem dann für junge Menschen unattraktiv, wenn bei ihnen das Gefühl entsteht, sie könnten nichts bewegen oder verändern. Dieser Widerspruch kann nur aufgelöst werden, wenn Jugendbeiräte echte Beteiligung erfahren und zu allen relevanten Themen gehört werden. Die Anregungen und Ideen junger Menschen müssen ernstgenommen, nachhaltig verfolgt und transparent bearbeitet werden.

5. Wie beurteilen Sie die gesetzlichen Rahmenbedingungen im KSVG zur Einrichtung von Jugendbeiräten und wenn es aus Ihrer Sicht Änderungsbedarf gibt, wie sieht dieser aus?

Der § 49 a KSVG sollte verändert werden und eine Muss-Vorschrift zur Schaffung von Jugendbeiräten vorsehen. Außerdem sollte eine regelmäßige Beteiligung des Jugendbeirates gemäß § 49 KSVG in den Stadt- bzw. Gemeinderatssitzungen erfolgen.

6. Wie beurteilen Sie die finanzielle Förderung für Kinder- und Jugendprojekte im Saarland?

Es muss zu jeder Zeit sichergestellt werden, dass der Landesjugendring und die Jugendarbeit ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt bekommen und Investitionsstau aufgearbeitet werden kann. Räume der Jugendarbeit müssen erhalten und weiter ausgebaut werden. Dazu zählen auch die Jugendherbergen und Seminarräume im Saarland. Zusätzliche Mittel sind, gerade aufgrund der Corona Pandemie, nötig um weiterhin Nachwuchsarbeit zu leisten und jungen Menschen ausreichend Angebote zu machen.

7. Welche Beteiligungsformate für Kinder und Jugendliche sind Ihnen im Saarland bekannt?

In wenigen Kommunen/Städten die eingerichteten Jugendbeiräte. Zusätzlich gibt es selbstverwaltete Jugendzentren, z.B. Vereine mit Jugendvorständen etc.

8. Welche Rolle spielen aus Ihrer Sicht (Berufs-)Schule, Ausbildungsbetrieb und Universität und sollten die Kinder und Jugendlichen mehr Unterstützung und Erklärung an diesen Lernorten erfahren?

Die politische Bildung in (Berufs-)Schulen, Ausbildungsbetrieben und Universitäten ist unerlässlich. Diese Orte müssen genutzt werden, um transparent auf Beteiligungsmöglichkeiten aufmerksam zu machen und alle nötigen Informationen zur Verfügung zu stellen. Außerdem müssen Beteiligungsrechte an diesen Orten ausgebaut werden und demokratische Strukturen gefördert werden.

9. Welche Unterschiede sehen Sie hinsichtlich der Sozialen Lage im Saarland?

Jedes fünfte Kind im Saarland lebt in finanzieller Armut, die Tendenz ist steigend. Die Corona Krise droht diese Situation weiter zu verschärfen und die Ausgrenzung zu manifestieren. Gerade die finanziell Schwächsten scheinen die größten Verliererinnen und Verlierer der Pandemie zu werden. Die Eltern der betroffenen Kinder arbeiteten häufiger in Teilzeit oder als Minijobber und gehören zu der Gruppe, die als erste ihren Job verliert, wenig oder kein Kurzarbeitergeld erhalten. Finanzielle Armut bedeutet aber viel mehr, als nur zu wenig Geld. Oft wird finanzielle Armut durch soziale Armut begleitet. Kein eigenes Kinderzimmer, keine Woche Urlaub im Jahr, keine Kinobesuche, keine Konzerte oder Einladungen von Schulkamerad*innen nach Hause.

Auch außerschulische Bildungsangebote werden von finanziell Schwächeren oft nicht wahrgenommen, was zu einer kulturellen Armut führen kann.

Die Langzeitfolgen von Kinderarmut begleiten die Menschen oft ein Leben lang. Ein Zustand, den wir keinen weiteren Tag hinnehmen können.

Ein Aufstieg wird auch häufig dadurch erschwert, dass das Einkommen der Kinder auf die staatlichen Leistungen der Eltern angerechnet wird.

10. Welche Rahmenbedingungen müsste aus Ihrer Sicht die Politik schaffen um einer sozialen Spaltung im Saarland entgegenzuwirken?

Wir fordern die Kindergrundsicherung in Höhe von mindestens 637 Euro pro Monat, pro Kind. Die soziale Teilhabe darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen: Deswegen muss der ÖPNV und die Bildung gebührenfrei werden und Kunst- und Kultureinrichtungen für alle Kinder und Jugendlichen kostenlos zugänglich sein. Der gesamte Familienlastenausgleich muss vom Kopf auf die Füße gestellt und entbürokratisiert werden.

Um die beste Betreuung von Beginn an sicherstellen zu können, brauchen wir mehr Lehrpersonal, darunter mehr Schulsozialarbeiter*innen, Psycholog*innen, Sonderpädagog*innen und andere Professionen. Bildung muss gebührenfrei sein, von der KiTa bis hin zum Meister oder Master. Der Bildungserfolg der Kinder darf nicht mehr vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Deswegen muss auch ein elternunabhängiges Bafög eingeführt werden.

Um die Auszubildenden auch nach der Ausbildung abzusichern, fordern wir eine staatlich gestützte Übernahmegarantie im Ausbildungsbetrieb.

11. Wie definieren Sie Chancengleichheit mit Blick auf Kinder und Jugendliche im Saarland? Inwieweit sehen Sie hier einen Zusammenhang mit Kinder- und Jugendarmut?

Chancengleichheit kann erst dann hergestellt werden, wenn Bildung (von der KiTa bis hin zum Meister oder Master), der ÖPNV und der Zugang zu kulturellen Einrichtungen gebührenfrei ist. Auch die Bildungssysteme müssen durchlässiger werden und die Gemeinschaftsschulen ausgebaut werden. Die Schulbuchausleihe muss verstetigt und ausgebaut werden.

12. Welche Maßnahmen auf Landesebene sind aus Ihrer Sicht notwendig, um Kinder- und Jugendarmut zu verhindern? Bitte unterscheiden Sie dabei zwischen Kitas, Schulen, berufliche Schulen, Förderschulen, Kinder- und Jugendhilfe, sowie der Familien?

Die Gemeinschaftsschule ist eine Schulform, die wie keine andere unsere pluralistische Gesellschaft widerspiegelt. Die Schüler*innen lernen unabhängig von ihrer familiären Herkunft gemeinsam und werden erst im Laufe ihrer Schullaufbahn Stück für Stück differenziert unterrichtet. Gemeinschaftsschulen sind Schulen für alle! Das gemeinsame Lernen führt zu einer Anhebung des Leistungsniveaus aller und steigert die sozialen Kompetenzen. Deswegen müssen Gemeinschaftsschulen weiter ausgebaut werden.

An Schulen müssen außerdem vermehrt multiprofessionelle Teams eingesetzt werden, die auch aufsuchend tätig werden.

Um Kinderarmut vorzubeugen, bedarf es einer Kindergrundsicherung in Höhe von mindestens 637 Euro pro Monat, pro Kind.

Die Inanspruchnahme von Unterstützungsangeboten und Sozialleistungen dürfen nicht mit einem Stigma verbunden werden. Ein niedrighschwelliger Zugang, gerade für die Kinder und Jugendlichen selbst, muss gewährleistet werden.

Kinder und Jugend in der digitalen Welt

1. Wie muss Medienbildung aus Ihrer Sicht im Kontext der fortschreitenden Digitalisierung ausgestaltet werden?

Die Internetnutzung ist aufgrund der fortschreitenden Digitalisierung keine freie Entscheidung mehr, sondern Grundvoraussetzung der Teilhabe, auch im Bildungszusammenhang. Hierbei müssen aufgrund der unterschiedlichen Gegebenheiten alle Schüler:innen unabhängig vom sozialen Umfeld, der technischen Fertigkeit der Eltern etc. bei der Medienbildung bedacht werden. Die Bildungsgerechtigkeit darf nicht unter der Digitalisierung leiden. Voraussetzung, der vielen und schnellen Veränderungen im Zuge der digitalen Transformation einerseits und den verschiedenen Grundgegebenheiten bei Schüler:innen

andererseits gerecht zu werden, ist eine möglichst große Heterogenität auf Seiten der Lehrkräfte im Umgang mit modernen Medien. Auch ein selbsttätiges Lernen kann nur zielführend funktionieren, wenn die erforderlichen Werte- und Medienkompetenzen ausgebildet sind. In diesem Zusammenhang ist es eine zentrale Aufgabe ist es, Kinder und Jugendliche die Fertigkeit zu vermitteln, die mit Medienangeboten verbundenen Werte erkennen zu können und sich auf dieser Grundlage kritisch damit auseinanderzusetzen. Nur so können Schüler:innen die Vorzüge von Medien erkennen und nutzen, aber auch vor gefährdenden Einflüssen geschützt werden. Besonders in Zeiten, in denen Fake News ein immer gefährlicher werdender Faktor in digitalen Medien werden, ist dieser Umstand besonders zu berücksichtigen. Zudem benötigen Schulen dauerhaften, professionellen und zuverlässigen Support bei der Installation und Wartung der schuleigenen IT-Ausstattung durch IT-Fachkräfte, bei denen es sich um für diesen Bereich ausgebildetes Personal handeln sollte.

2. Ist die Vermittlung von Medienkompetenz durch das heutige Bildungssystem aus Ihrer Sicht ausreichend oder was müsste verbessert werden? Wie sollten sich die Themen Medienbildung und Digitalisierung in den Lehrplänen wiederfinden?

Die Vermittlung von Medienkompetenzen durch das heutige Bildungssystem ist nur bedingt ausreichend. Zunächst bedarf es einer flächendeckenden digitale Grundausstattung, um überhaupt eine Grundlage zur Vermittlung von Medienkompetenzen zu schaffen. Der springende Dreh- und Angelpunkt ist hierbei die Internetverbindung unter Einhaltung notwendiger Mindeststandards hinsichtlich Stabilität und Geschwindigkeit an allen Schulen. Erforderlich ist zudem einerseits der Auf- und Ausbau eines Schulfachs „Digitale Bindung“. Andererseits ist es auch notwendig generell fächerübergreifend entsprechende Zeitkontingente für die (digitale) Schulentwicklung im Lehrplan auszubauen.

3. Welche Herausforderungen sehen Sie hinsichtlich der Medienbildung für die Lehrerbildung und Lehrerfortbildung?

Aufgrund vieler Faktoren, insbesondere aber durch den Strukturwandel bedingt, wird von Lehrer:innen weitaus mehr Flexibilität und die Bereitschaft zu lebenslangem Lernen verlangt. Die Herausforderungen, die sich in diesem Zusammenhang stellen sind vor allem räumlicher, sachlicher, sowie personeller Natur. Die zu stellenden Fragen sind: Wie lange dauert es, bis die räumlichen, sächlichen und personellen Gegebenheiten wirklich für alle gegeben sind? Wie lange dauert es, bis die, nicht zu vernachlässigende Menge von Lehrer:innen ihren Schüler:innen nicht mehr technisch unterlegen ist? Hierbei muss mitgedacht werden, dass Lehrer:innen ähnlich wie Schüler:innen konstanter Übungsphasen bedürfen. Hierfür brauch es digitale Mindeststandards, die verhindern, dass Lehrer:innen in diesen Übungsphasen mit verschiedenen, sich signifikant unterscheidenden, medialen Endgeräten, konfrontiert werden. Darüber hinaus bedarf es einem digitalen Referenzrahmen, der für alle in der Schule Beschäftigten, aber auch für die Schüler:innen ein Garant für Verbindlichkeit, Sicherheit und Orientierung ist. Dies erfordert eine Verständigung auf einen Digitalisierungsmindeststandard hinsichtlich Technik, Pädagogik, Didaktik, Aus-, Fort- und Weiterbildung. Hierbei bedarf es einer regelmäßigen Überprüfung und

Weiterentwicklung des Referenzrahmens unter Berücksichtigung der verschiedenen Schulformen.

4. Wie beurteilen Sie Zugang, Kosten und Leistungsfähigkeit des Breitbandnetzes im Saarland im Bezug auf die Digitale Bildung in Schule und außerschulischen Bereichen?

Die besten Angebote zur digitalen Bildung nutzen nur dann, wenn wir beim Breitbandausbau besser werden und somit die Grundvoraussetzungen geschaffen sind. Die Corona Pandemie hat auch gezeigt, dass der digitale Unterricht niemals den Präsenzunterricht ersetzen kann. In den kommenden Jahren muss massiv in den Ausbau des Breitbandnetzes saarlandweit (auch und besonders in den ländlicheren Regionen) investiert werden.

C) Bildung

1. Wie definieren Sie Bildungsgerechtigkeit und wie beurteilen sie diese im Saarland?

Bildungsgerechtigkeit kann vor allem über Bildungsgleichheit erreicht werden. Soziale Ungleichheiten müssen über das Bildungssystem abgebaut werden. Dafür müssen Gemeinschaftsschulen ausgebaut und unterstützt werden und die Gebührenfreiheit von der KiTa bis hin zum Meister oder Master gewährleistet werden. Um die beste Betreuung von Beginn an sicherstellen zu können, brauchen wir mehr Lehrpersonal, darunter mehr Schulsozialarbeiter*innen, Psycholog*innen, Sonderpädagog*innen und andere Professionen. Der Bildungserfolg der Kinder darf nicht mehr vom Geldbeutel der Eltern abhängen.

Unser Bildungssystem soll allen Kindern und Jugendlichen gleich und frei zugänglich sein, unabhängig von ihren Fähigkeiten, Beeinträchtigungen oder Behinderungen sowie von ihrer ethnischen, kulturellen oder sozialen Herkunft. Diese diskriminierungsfreie Teilhabe an den Lern- und Betreuungsangeboten erfordert in erster Linie die Barrierefreiheit. Um die UN-Behindertenrechtskonvention, die bis 2020 benachteiligten Menschen ein besseres Leben in der Mitte unserer Gesellschaft ermöglichen soll, umsetzen zu können, fordern wir stärkere finanzielle Unterstützung vom Land für barrierefreien Umbau von Schulen und Universitäten

2. Entsprechen die Bildungssysteme im Saarland und Deutschland aus Ihrer Sicht noch der aktuellen Zeit oder gibt es aus Ihrer Sicht Änderungsbedarf?

Wichtig ist eine hohe soziale Durchlässigkeit der Institutionen, die man unter anderem über den Ausbau der Gemeinschaftsschulen vorantreiben kann.

Digitales Lernen in der Schule kann nur gelingen, wenn die Lehrer*innen das nötige Fachwissen mitbringen und auch vermitteln können. Auch die Lehrpläne müssen in den kommenden Jahren an die digitalen Lehrinhalte angepasst und überarbeitet werden.

Soziales Lernen kommt leider oft noch viel zu kurz und muss deshalb fester Bestandteil im Schulalltag werden.

Schulen müssen bei der Inklusion besser werden und weitere Mittel dafür zur Verfügung stellen. Eine Differenzierung insbesondere in Form von Förderschulen ist nach wie vor erforderlich und muss dort wo es sinnvoll ist auch noch umgesetzt werden.

Auch über das aktuelle Schulsystem G8 muss erneut diskutiert werden. Schüler*innen brauchen ausreichend Zeit, um Lerninhalte vermittelt zu bekommen.

3. Wie beurteilen Sie den Übergang von der Schule in den Beruf oder in das Studium/Hochschule im Saarland? Ist die Berufs- und Studienorientierung ausreichend?

Die Studien- und Berufsorientierung ist aktuell nicht ausreichend. Gerade während der Corona-Pandemie konnten Schüler*innen nicht ausreichend über die Ausbildungsplatzmöglichkeiten informiert werden. Gewerkschaften (v.a. DGB) müssen an Schulen über freie Ausbildungsplätze informieren können.

Durch zahlreiche Kooperationspartner*innen im Bereich der Berufsberatung, welche in weiterführenden Schulen häufig zu finden sind, können Schüler*innen auf den Übergang gut vorbereitet werden. Leider zeigt sich aber auch, dass Gymnasien häufig ihren Fokus auf Studienberatung legen und die Vorstellung von Ausbildungsberufen hinten runterfällt.

4. Wie beurteilen Sie die Rahmenbedingungen der Ausbildungsmöglichkeiten und – Orte im Saarland?

Gerade bei der dualen Ausbildung besteht Handlungsbedarf. Hier wurde in den letzten Jahren der qualitative Vorsprung gegenüber anderen Bundesländern nicht ausgebaut. Der Trend, dass zunehmend Ausbildungsplätze abgebaut werden, hat gerade auch erst der Ausbildungsreport für das Saarland der DGB Jugend bestätigt. Hier spiegelt sich zunehmend auch der Bundestrend nieder. Vor allem Ausbildungsplätze vor Ort und gerade im ländlichen Raum fehlen zunehmend und junge Menschen müssen immer weitere Wege für ihre Ausbildung auf sich nehmen.

Der Schwund der Ausbildungsplätze ist nicht nur ein Phänomen des Handwerks, auch große Industriebetriebe sind davon betroffen. Grund dafür sind oft Herausforderungen durch die Transformation, oder die Schließung großer Betriebe. Hier muss durch eine geschickte Ansiedlungspolitik von Betrieben, aber auch durch Fördermaßnahmen gegengesteuert werden.

Die Berufsschulen hängen der digitalen Entwicklung und der betrieblichen Realität Jahre hinter her. Dies hat uns die Corona-Pandemie erst schmerzlichst vor Augen geführt. Weder die benötigten Arbeitsmittel samt Software waren vorhanden, noch das Know-How beim Lehrkörper.

Hier sollte und muss die digital Strategie des Landes anknüpfen. Ergänzend zu den Vorzeigeprojekten, insbesondere im Bereich der Digitalisierung, welche an der Uni angesiedelt sind, braucht es auch in der Breite, an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen Investitionen in Hardware und Know-How.

Im dualen Studium ist ein durchaus positiver Trend zu verzeichnen. Die Kooperation der ASW Neunkirchen und der HTW des Saarlandes ist ein gutes Signal. Allerdings sollte bei dieser Kooperation die betriebliche Praxis wieder in den Vordergrund gestellt werden. Auch sollte das Land im Hinblick auf

Vertragsverhältnisse zwischen Arbeitgeber*innen und dual Studierenden vermehrt regulierend tätig werden. Man könnte sich hier stark an den Ausbildungsvertrag aus dem BBIG anlehnen. Das sollte in die Hochschulordnung aufgenommen werden.

Es müssen mehr Anreize für die Schaffung guter Ausbildungsplätze, gerade im ländlichen Raum, geschaffen werden. Dafür bedarf es einer Ausbildungsgarantie inklusive Ausbildungsplatzumlage. Die Berufsschulen müssen modernisiert und digitalisiert werden. Außerdem muss das Lehrpersonal entsprechend geschult werden.

5. Wie kann bei einer zunehmenden „Verschulung“ des Nachmittags diese wertvolle Arbeit der freien Träger der Kinder- und Jugendarbeit, der Vereine und Initiativen der Jugend trotzdem weiter stattfinden?

Mehr Nachmittagsbeschulung ist richtig und damit gleichen wir uns im internationalen Durchschnitt an andere Länder an. Die freien Träger müssen verstärkt in die Nachmittagsbetreuung eingebunden werden und die Zusammenarbeit (dort, wo sie noch nicht ausreichend ist), verstärkt werden. Vereine und die freien Träger können in den Nachmittagsbereich z. B. durch AGs involviert werden. Gerade in den Gebundenen Ganztagschule funktioniert das schon sehr gut. Eine sozialraumorientierte Zusammenarbeit ist wichtig.

6. Wie kann in einer jugendgerechten auch eine Lebensweltorientierung berücksichtigt werden, die neben der Bedeutung von Bildung für die Chancengerechtigkeit auch die Relevanz von Freiräumen deutlicher werden lässt und wie können zusätzliche Freiräume auch an Schulen geschaffen werden?

/

7. Wie kann den oftmals geringen Mitwirkungsmöglichkeiten in der Schule entgegengewirkt werden?

Wenn Demokratiebildung an Schulen gelingen soll, müssen nicht nur Schüler*innen Gehör bei der Schulleitung und den entsprechenden Stellen im Bildungsministerium finden, sondern auch die Lehrer*innen durch mehr Lehrer*innenstellen entlastet werden, so dass sie sich aktiv in den Demokratisierungsprozess einbringen können.

Darüber hinaus müssen verstärkt Maßnahmen ergriffen und Möglichkeiten in der Schule selbst geschaffen werden, die den Schüler*innen die Möglichkeit geben, aktiv an Entscheidungen, die ihre Schule und ihren Unterricht betreffen teilzunehmen. Das bedeutet es müssen verstärkt Klassenräte in den einzelnen Klassen einer Schule eingerichtet werden, in denen an einem festen Tag in einer festen Stunde innerhalb der Klasse darüber gesprochen werden kann, was die Schüler*innen wollen, welche Wünsche und Bedürfnisse sie haben und wie sie sich ihre Schule – in der sie die meiste Zeit ihrer Jugend verbringen – vorstellen. Um die nötige Zeit dafür zu haben, muss der Klassenrat verbindlich in die Lehr- und Stundenpläne aufgenommen werden, sodass kein/e Lehrer*in für den Klassenrat wertvolle Unterrichtszeit aufgeben muss.

Die Schüler*innenvertretung müssen gestärkt werden. An den Schulen müssen regelmäßig Schülervollversammlungen stattfinden. Nur so kann ein produktiver Austausch zwischen Schüler*innen untereinander und zwischen Schüler*innen und Lehrer*innen bzw. Schulleitung stattfinden. Den Wahlen zu den Schülervertreter*innen muss des Weiteren eine größere Rolle eingestanden werden. Dies wäre zum Beispiel durch die Wahl der Klassensprecher*innen und Schulsprecher*innen an einem bestimmten Tag an jeder Schule im Saarland umsetzbar. Auf diese Weise würden diese Ämter an Bedeutung gewinnen und mehr Beachtung bei den Lehrer*innen und dem Ministerium finden.

Und auch im Unterricht selbst gehört zu einer demokratischen Mitbestimmung die Auswahl bestimmter Unterrichtsthemen des Lehrplans durch die Schüler*innen. Dies führt gegebenenfalls zu höherer Motivation der Schüler*innen im Unterricht mitzuwirken und lässt sie gleichzeitig erste Erfahrungen in der demokratischen Mitbestimmung machen.

Darüber hinaus sollten Schüler*innen auch bei der Beschaffung von Lehr- und Lernmaterialien ein Mitbestimmungsrecht haben. Denn die Schüler*innen müssen mit diesen Materialien lernen und sich in der Schule damit auseinandersetzen. Daher sollten Schüler*innen auch in einem gewissen Rahmen mitbestimmen dürfen, welche Lehr- und Lernmaterialien sie benötigen.

Letztendlich gehört zur Demokratiebildung in der Schule auch der systematische Ansatz. Dieser begreift Schule als System, in dem verschiedene Bezugsgruppen (Lehrer*innen, Schüler*innen und pädagogische Fachkräfte) miteinander interagieren und von dem der Erfolg in der Schule jedes einzelnen Schülers und jeder Schülerin abhängt. Nur wenn ausreichendes Fachpersonal in einer Schule vorzufinden ist, kann eine erfolgreiche Schullaufbahn und Demokratiebildung erfolgreich umgesetzt werden. Daher ist zur Demokratiebildung in der Schule eine flächendeckende Umsetzung des systemischen Schulkonzepts notwendig.

8. Welche Beteiligungskonzepte sollten über das Bestehende hinaus an Schulen und insbesondere auch an der Schnittstelle von Kinder- und Jugendarbeit und Schule verankert werden und welche best-practice-Beispiele gibt es?

Schüler*innenparlamente (wie bereits am Hochwald Gymnasium Wadern (HWG) oder am Stadtgarten-Gymnasium in Saarlouis) müssen unterstützt werden. An allen Schulen sollten solche Beteiligungsmöglichkeiten geschaffen werden.

In Frage kommen auch runde Tische zwischen Schule und Kinder- und Jugendarbeit (z.B. in Form einer/s Netzwerker*in). Der Austausch zwischen Schulen und zuständigen Politikern (Landrätin/Landrat, Bürgermeisterin/Bürgermeister usw.) muss vorangetrieben werden.

9. Wie kann bei Kooperationsprojekten an der Schnittstelle von Kinder- und Jugendarbeit und Schule ein möglichst hohes Maß an Wahlfreiheit und Freiwilligkeit für die Teilnehmenden gewährleistet werden – zwei wichtige Grundelemente lebendiger Kinder- und Jugendarbeit?

Es gibt an Schulen sogenannte Sozialcurriculum. Hier kann festgelegt werden mit welchen Kooperationspartner*innen die Schule zusammenarbeitet. Bei der Auswahl der Projekte können Schüler*innen mitwirken, z.B. durch die SV oder einem Schulentwicklungsteam.

10. Wie kann es gelingen, diese Rolle von Kollegs und Abendgymnasien wieder zu stärken und gerade auch jungen Erwachsenen die Chancen anzubieten, die sie für ein selbstbestimmtes Leben und sozialen Aufstieg brauchen?

Vor allem durch mehr Werbung in der Öffentlichkeit. Vielen ist bisher nicht bewusst, dass es solche Möglichkeiten gibt.

11. Selbst mit einer Ausbildungsförderung wie z.B. dem BAFöG können viele junge Menschen sich ein Studium kaum leisten. Um echte Chancengleichheit zu erreichen, ist deshalb nicht nur die Vereinbarkeit von Familie und Ausbildung, sondern auch von bezahlter Arbeit und Ausbildung von großer Bedeutung. Wie kann es gelingen, die seit Jahrhunderten verkrusteten Strukturen an den Hochschulen so aufzubrechen, dass sich Lebensrealitäten widerspiegeln und ein Studium so gestaltet werden kann, dass wie schon bei dualen Studiengängen, das Zusammenspiel von Lehre, Ausbildung und bezahlter Arbeit eine ganz grundsätzliche Chancengleichheit schafft?

Um Chancengleichheit zu gewährleisten, sollte es überhaupt nicht notwendig sein, dass Studierende einer Doppelbelastung aus Studium und Erwerbsarbeit ausgesetzt werden. Dennoch ist es erforderlich, dass in allen Studiengängen ein Teilzeitstudium nach der jeweiligen Studienordnung gestattet ist. Darüber hinaus müssen alle Studiengänge tatsächlich in Teilzeit studierbar sein. Dazu müssten Pflichtveranstaltungen und Pflichtklausuren in jedem Semester angeboten werden. Erforderlich wäre darüber hinaus, eine zeitliche Varianz der Veranstaltungen, sodass einer Erwerbsarbeit neben dem Besuch von Veranstaltungen möglich ist. Dies setzt zwingend eine ausreichende personelle Ausstattung aller Fachbereiche voraus. Ergänzend wäre es ebenfalls notwendig Material und Veranstaltungen auch im Nachgang digital zur Verfügung zu stellen. Dies soll jedoch nur eine Ergänzung darstellen. Auch Teilzeitstudierende müssen die Möglichkeit haben, wie Vollzeitstudierende in Präsenz an Veranstaltungen teilzunehmen.

Die Regelungen hinsichtlich der Fehltermine müssten gelockert werden, um flexiblere Einsätze im Rahmen der Erwerbstätigkeit zu ermöglichen.

Um Studierende zu entlassen ist es erforderlich, die Anrechnungsmöglichkeiten auszuweiten. Eine vorherige Ausbildung oder eine Erwerbstätigkeit in einem mit dem Studiengang verwandten Bereich muss insbesondere praktische Studienzeiten ersetzen.

Die Möglichkeiten Ersatzleistungen für Klausuren oder Auslandsaufenthalte müssen ausgeweitet werden, damit Studierende durch ihre Berufstätigkeit nicht durch fehlende Leistungsnachweise an ihrem Studienabschluss gehindert werden.

12. Viel zu früh müssen sich junge Menschen auch heute noch für einen Beruf, für eine Ausbildung, für ein Studium beginnen, weil die gesellschaftlichen

Bedingungen es so verlangen. Wie kann es zu einer Selbstverständlichkeit werden, dass beispielsweise vor dem Beginn des Studiums durch eine Ausbildung, durch Praktika oder durch verschiedene Jobs erste praktische Erfahrungen gesammelt werden können?

Junge Menschen dürfen nicht dadurch unter Druck gesetzt werden, dass sie bei Berufseinstieg möglichst jung sein müssen. Vielmehr müssen Jugendliche gerade dazu ermutigt werden, dass ihr Lebenslauf für beruflichen Erfolg nicht gradlinig sein muss.

Junge Menschen werden durch gesellschaftliche Erwartungen und fehlende finanzielle Mittel davon abgeschreckt, vor Studienbeginn praktische Erfahrungen zu sammeln. Die Bezahlung im Rahmen von vorherigen Praktika ist nicht auskömmlich, um damit aufgrund des Startes im Wintersemester über ein Jahr zu verbringen.

Das Angebot an verschiedenen Jobs, welche zu einer tatsächlich praktischen Erfahrung im gewünschten Bereich führen, ist für ungelernte Kräfte ohne jegliche Berufserfahrung insgesamt deutschlandweit schon nicht ausreichend. Hier könnte politisch durch finanzielle Anreize, solche Jobs zu schaffen, nachjustiert werden. # Hinsichtlich einer vorherigen Ausbildung müssen sich junge Menschen gerade wieder früh für einen Weg entscheiden. Diesen Weg für ein Studium zu verlassen ist in der Regel unattraktiv. Der Ausbildungslohn ist nicht hoch genug, um in dieser Zeit Geld für ein Studium beiseitezulegen. Die Hürden Bafög zu beantragen sind, wie die Förderzahlen im Saarland zeigen, hoch. Außerdem stellt es eine Hürde dar, nach der Erwerbstätigkeit zu studieren, da dann das eigene Einkommen jedenfalls geschmälert wird. Hier ist es wiederum erforderlich, das Bafög als auskömmlichen Vollzuschuss auszugestalten.

13. Viele jungen Menschen sind nach dem Schulabschluss noch orientierungslos. Wie sollte ein „Jahr für die Gesellschaft“ oder auch eine Allgemeine Dienstpflicht ausgestaltet sein, damit sie tatsächlich einen Mehrwert schaffen in dem sie nicht nur von Bedeutung für die Gesellschaft insgesamt, sondern auch für die jungen Menschen selbst zu einem Baustein für die eigene Entwicklung und Orientierung werden können?

Gesellschaftliches Engagement ist existenziell wichtig, lässt sich aber nicht verordnen. Bei den freiwilligen Angeboten muss es ein breites Spektrum an Möglichkeiten (sozial, pflegerisch, kulturell, politisches) geben. Außerdem müssen folgende Punkte bedacht werden:

- finanziell auskömmlich, sodass sich diese alle ohne Probleme leisten können
- Möglichkeit eines Wechsels
- keine Bevorzugung einer Tätigkeit in der Bundeswehr gegenüber einer Tätigkeit in sozialen Bereichen
- Möglichkeit, die Jugendlichen im Anschluss an das Jahr im Rahmen einer Ausbildung zu übernehmen
- Auf Wunsch Begleitung des Jahres durch Berufsberater*innen

-

Mobilität

1. Wie muss der ÖPNV im Saarland ausgestaltet sein um einen regelmäßigen Nutzen für Kinder und Jugendliche zu gewährleisten? Wie bewerten Sie die ÖPNV-Infrastruktur im Saarland für junge Menschen?

Wir brauchen eine vollausgebauten, gebührenfreien ÖPNV im Saarland. Auf kurze Sicht muss das Wabensystem abgebaut und ein transparentes, einfaches Ticketsystem eingeführt werden. Vor allem im ländlichen Raum muss die Taktung des ÖPNV verbessert werden. Ein Thema dabei ist auch die Abstimmung von Anschlussverbindungen. Momentan kommt es vor, dass man aus dem Nordsaarland gute zwei Stunden mit dem ÖPNV nach Saarbrücken unterwegs ist. Das ist zu lang. Mit dem Auto ist man deutlich schneller. Da liegt es auf der Hand, dass das Auto ein attraktiveres Fortbewegungsmittel ist. Zudem muss die Fahrradmitnahme unabhängig von Stoßzeiten in Bus und Bahn kostenlos sein. Kinder und Jugendliche könne für den Schulweg und die Freizeit auf den ÖPNV angewiesen sein. Sie müssen ihn kostengünstig nutzen können und sicher nutzen können.

2. Was brauchen junge Menschen um eigenständig mobil sein zu können? Stehen aus Ihrer Sicht Innovation und Verkehrskonzepte im Saarland aus Ihrer Sicht im Einklang?

Junge Menschen brauchen Raum, um sich zu entfalten. Sie brauchen die Möglichkeit, sich frei zu bewegen. Eine funktionierende Mobilität ist ein wichtiger Baustein davon. Gerade Schülertickets sind oft auf eine Strecke beschränkt oder gelten nur für bestimmte Zeiten. Das schränkt die Freiheit deutlich ein. Hinzu kommen die teuren Ticketpreise, gerade, wenn man aus dem ländlichen Raum in eine größere Stadt fährt. Die Vereinfachung des Wabensystem ist eine erster Schritt in dir richtige Richtung. Junge Menschen sollten ihr Taschengeld nicht nur in ihre Mobilität investieren müssen. Das ist aber oft der Fall. Selbst junge Menschen, die in einer Ausbildung sind, müssen meist Großteile der Ausbildungsvergütung in ihre Mobilität investieren. Wählt man eine kostengünstige Fortbewegungsalternative wie z.B. das Fahrrad, dann sind Jugendliche anderen Gefahren ausgesetzt. Die Fahrradwege im Saarland sind noch unzureichend ausgebaut, auch bei den Fahrradschnellstraßen besteht Handlungsbedarf. Außerdem sollte ein landesweites Fahrradleihsystem aufgebaut werden und die Fahrradmitnahme im ÖPNV kostenfrei sein (zu allen Zeiten).

3. Welche Innovation im Verkehr fehlt aus Ihrer Sicht im Saarland?

Das Ziel muss ein gebührenfreier ÖPNV sein. Es müssen bessere Taktungen des ÖPNV entstehen. Die Wasserstofftechnik kann dabei als Alternative genutzt werden. Es könnten auch stillgelegte Bahnstrecken wieder in Betrieb genommen werden, um ein größeres Netz zu erreichen.

4. Wie schätzen Sie die Effekte eines digitalisierten ÖPNV auf die Nutzung desselben für Jugendliche im Saarland ein (aktueller Onlinefahrplan mit Echtzeitabfahrtszeiten, OnDemand-Lösungen, digitale Fahrkarten, WLAN im ÖPNV, Landeinfrastruktur für Mobile Devices etc.)?

Das kann die Attraktivität des ÖPNV steigern. Wichtig ist dabei aber immer noch, dass man den ÖPNV überhaupt zu sinnvollen Zeiten nutzen kann. Gerade im ländlichen Raum fahren wenige Busse am Wochenende, wenn Jugendliche dieses Angebot außerhalb des Schulwegs nutzen könnten. Die Fahrkarte sollte nicht nur digital sein, sondern auch bezahlbar. Ein langfristiges Ziel, um die Attraktivität des ÖPNV zu steigern ist seine Gebührenfreiheit. In Städten wie z.B Saarbrücken, wo ein Netz aus Bus, Bahn und Saarbahn besteht, steigern ein aktueller Onlinefahrplan und WLAN im ÖPNV die Attraktivität des ÖPNV.

5. Wie sieht Ihrer Meinung nach ein ganzheitliches, attraktives, nachhaltiges, sicheres und umweltverträgliches Verkehrskonzept für das Saarland aus?

Ein attraktives, ganzheitliches, nachhaltiges sicheres Verkehrskonzept im Saarland beruht auf mehreren Aspekten. Zum einen muss das Wabensystem im ÖPNV überarbeitet werden. Es braucht ein übersichtliches Ticketsystem. Das langfristige Ziel ist ein gebührenfreier ÖPNV. Der ÖPNV muss auch vollausgebaut sein. Der ländliche Raum darf nicht hinter Ballungsräumen zurückstehen. Anschlussverbindungen müssen aufeinander abgestimmt werden. Es kann nicht sein, dass Anschlussbusse sich genau um eine Minute verpassen. Nicht ungewöhnlich ist es, dass ein Fahrtweg aus verschiedenen Fortbewegungsmitteln besteht, wie z.B Auto, Bahn und Bus. Dazu braucht es Park&Ride Parkplätze in der Nähe von Bahnhöfen. Als Alternative zum Auto kann das Fahrrad als Fortbewegungsmittel dienen. Um das zu fördern, muss es Fahrradstraßen und sicher ausgebaute Fahrradwege geben. Die Fahrradmitnahme in Bus und Bahn muss unabhängig von Stoßzeiten kostenlos sein. Daneben muss das Rufbusangebot gerade im ländlichen Raum ausgebaut und gefördert werden. Zudem können stillgelegte Bahnstrecken reaktiviert werden. Ein nachhaltiges Verkehrskonzept umfasst auch alternative Fortbewegungstechniken wie der Betrieb von Fahrzeugen durch Wasserstofftechnik.

6. Wie beurteilen Sie die Chancen, Gefahren und Risiken für den Radverkehr im Saarland?

Anders als andere Altersgruppen, verfügen Kinder und Jugendliche nicht über eigene Ressourcen und Zugänge zu einer individuellen Mobilität. Sie sind auf eine kostengünstige, fahrrad- und fußgängerfreundliche Verkehrsinfrastruktur oder den ÖPNV angewiesen. Gerade aber im ländlichen Raum stehen sie damit vor vielfach unüberbrückbaren Herausforderungen.

Die Fahrradwege im Saarland sind unzureichend ausgebaut. Gerade im ländlichen Raum müssen Kinder und Jugendliche auf Hauptstraßen ausweichen, wenn es keine Radwege gibt. Dort können sie sehr leicht von Autofahrer*innen übersehen

werden. Der normale Verkehr birgt viele Gefahren für Fahrradfahrer*innen. Deshalb müssen Fahrradwege ausgebaut und sicherer gemacht werden. Dort, wo Fahrradstraßen zur schnelleren Fortbewegung mit dem Rad möglich sind, sollten sie für den Autoverkehr gesperrt werden. Das ist eine große Chance, um ein umweltfreundliches Verkehrskonzept durchzusetzen.

7. Ist es aber nicht so, dass bedarfsgerechte Angebote im Bereich der Mobilität nicht ausschließlich nur Jugendlichen zugutekommen würden, sondern auch anderen Bevölkerungsgruppen wie Seniorinnen und Senioren, Familien mit kleinen Kindern oder von Armut betroffene Personen?

Das langfristige Ziel ist der gebührenfreie, vollausgebaute ÖPNV, der jedem Bürger und jeder Bürgerin zu Gute kommt. Ein funktionierender ÖPNV ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge.

8. Welche Modelle wären hier vorstellbar oder sind, wenn auch nur modellhaft, vielleicht auch bereits erprobt?

In Luxemburg gibt es bereits einen gebührenfreien ÖPNV, der gut angenommen wird. Auch im Saarland kann man ein solches Modellprojekt beginnen.

9. Unternimmt das Saarland aus Ihrer Sicht genügend Anstrengungen für eine nachhaltige Klimapolitik?

Das Saarland leistet bereits viel. Gerade im Bereich Nachhaltigkeit und Naturschutz wirkt es so, als ob viele Anstrengungen unternommen werden. Natürlich kann man immer mehr machen. Ein Ausbau des ÖPNV und eine Vergünstigung wäre gewiss ein wichtiger Schritt, doch auch hier wurden bereits erste Schritte in die richtige Richtung unternommen. Darüber hinaus sollte gerade das Saarland als Industrieland dafür kämpfen, dass Industrie und Klimaschutz keine Gegner sind. Hierzu muss besonders in Berlin und Brüssel für Unterstützung geworben werden.

10. Was sollte das Saarland unternehmen um klimafreundlicher zu sein?

Der Ausbau erneuerbarer Energien muss absolute Priorität haben. Im Bereich der Solarenergie hat das Saarland gewiss noch viel Potenzial, was ausgenutzt werden sollte. Auch im Bereich der Mobilität müssen noch Fortschritte erzielt werden. Man muss dafür sorgen, dass man in unserem ländlichen Land nicht auf das Auto angewiesen ist. Dazu muss man den ÖPNV ausbauen und kurzfristig vergünstigen. Ein 365 Euro Ticket wäre ein guter Anfang.

11. Wird das Thema Nachhaltigkeit aus Ihrer Sicht ausreichend im Schulunterricht behandelt?

Nein. Dem Thema wird nicht genug Bedeutung beigemessen. Es muss dafür gesorgt werden, dass Schüler*innen sowohl die naturwissenschaftliche Bedeutung des Klimawandels verstehen, als auch die politische und gesellschaftliche Relevanz. Hier müssen die Lehrpläne überarbeitet werden.

SPD Fraktion

Allgemeines

- Warum muss die Debatte um eine eigenständige Kinder- und Jugendpolitik zum jetzigen Zeitpunkt an Dynamik zunehmen?

Nicht erst Bewegungen wie Fridays For Future haben uns gezeigt, wie politisch engagiert und interessiert junge Menschen sind. In anderen Bundesländern ist eine rege Jugendbeteiligung bereits der Standard: Über das Wahlalter ab 16 (in 11 von 16 Bundesländern) und die Jugendparlamente auf Landesebene. Das Saarland hinkt bei den Beteiligungsmöglichkeiten hinterher und muss schnellstmöglich aufschließen. Junge Menschen sollten an allen politischen Entscheidungen beteiligt werden und die Kinder- und Jugendpolitik maßgeblich mitgestalten können.

Gerade während der Corona Krise haben sich junge Menschen oft unverstanden und ungehört gefühlt. Ihre Perspektiven wurden selten gehört und sie wurden oft auf ihre Rolle als Schüler*innen reduziert. Ein Fehler, der sich nicht wiederholen darf.

- Welche Dimensionen muss eine eigenständige Kinder- und Jugendpolitik abbilden?

Kinder- und Jugendpolitik muss ressortübergreifend, also als Querschnittsthema, in jedem politischen Bereich mitgedacht werden. Kinder und Jugendliche und die Verbände müssen in allen Bereichen gehört und beteiligt werden.

Eine eigenständige Kinder- und Jugendpolitik muss finanziell gut ausgestattet sein. Sie muss den Übergang von Kindheit ins Erwachsenenalter widerspiegeln und dabei auf die unterschiedlichsten Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen eingehen. Diese wandeln sich in eben jener Lebensphase sehr schnell, sodass sich stellenweise auch gänzlich unterschiedliche Interessen herauskristalisieren.

Wichtig ist es, dabei die einzelnen Lebenssituationen und Erfahrungswerte der Kinder und Jugendlichen zu berücksichtigen, welche wohl in erster Linie vom schulischen Alltag und dem privaten Umfeld geprägt werden. Gleichzeitig sollte sie ebenfalls einen Querschnitt über die verschiedensten politischen Themengebiete widerspiegeln, um auch hier neue Entscheidungs-, sowie Meinungsbildungsprozesse bei den Kindern und Jugendlichen anzustoßen.

- Wie kann es gelingen, Kinder und Jugendliche gleichermaßen zu berücksichtigen, ohne die spezifischen und oft auch unterschiedlichen Bedürfnisse zu vernachlässigen?

Bildungsgerechtigkeit kann vor allem über Bildungsgleichheit erreicht werden.

Soziale Ungleichheiten müssen über das Bildungssystem abgebaut werden. Dafür müssen Gemeinschaftsschulen ausgebaut und unterstützt werden und die Gebührenfreiheit von der KiTa bis hin zum Meister oder Master gewährleistet werden. Um die beste Betreuung von Beginn an sicherstellen zu können, brauchen wir mehr Lehrpersonal, darunter mehr Schulsozialarbeiter*innen, Psycholog*innen, Sonderpädagog*innen und andere Professionen. Der Bildungserfolg der Kinder darf nicht mehr vom Geldbeutel der Eltern abhängen.

Jedes Kind und jede/r Jugendliche muss individuell betrachtet und gefördert werden.

Soziale Lage und Teilhabe

- Wie hat die Corona-Pandemie soziale Spaltung verändert bzw. verschärft? Können Sie Fallbeispiele vorstellen?

Die Corona Pandemie hat das soziale Ungleichgewicht weiter verschärft. Jedes fünfte Kind im Saarland lebt in finanzieller Armut, die Tendenz ist steigend. Die Corona Krise droht diese Situation weiter zu verschärfen und die Ausgrenzung zu manifestieren. Gerade die finanziell Schwächsten scheinen die größten Verliererinnen und Verlierer der Pandemie zu werden. Die Eltern der betroffenen Kinder arbeiteten häufiger in Teilzeit oder als Minijobber und gehören zu der Gruppe, die als erste ihren Job verliert, wenig oder kein Kurzarbeitergeld erhalten. Finanzielle Armut bedeutet aber viel mehr, als nur zu wenig Geld. Oft wird finanzielle Armut durch soziale Armut begleitet. Die Armutsquote wird voraussichtlich durch Corona weiter steigen. Menschen, die bisher an der unteren Schwelle der Mittelschicht lagen, sind nun von Armut betroffen. Für Kinder aus finanziell schwächeren Familien wurde die Situation in viererlei Hinsicht verschlechtert: Die Fördermöglichkeiten im Home-Schooling waren begrenzt, oft wurde das Arbeiten durch fehlende oder schlechte Hardware erschwert und der Zugang zu schnellem Internet war vielen Kindern und Jugendlichen verwehrt. Unterschiedliche Faktoren, wie beispielsweise das Leisten von Care-Arbeit oder Zusammenleben auf engstem Raum sind maßgeblich dafür, wie die Menschen durch die Krise kommen.

- Welche psychischen Auswirkungen bringt der Lockdown für Kinder und Jugendliche mit?

Gerade für viele junge Menschen waren die letzten Wochen und Monate besonders belastend. Es sind Lernrückstände entstanden, weil der Präsenzunterricht nicht immer möglich war, Einsamkeit, weil das Vereinsleben auf Eis lag und seelischer Stress, weil oft beengte Wohnverhältnisse zu Ärger in den Familien geführt haben.

Leider wurde in vielen öffentlichen Debatten der Eindruck erweckt, junge Menschen würden nur in ihrer Rolle als Schülerinnen und Schüler wahrgenommen und ihre Bedürfnisse und Perspektiven nicht ernst genommen. Der fünfte Kinder und Jugendbericht, für den 1700 junge Menschen aus dem Saarland befragt

wurden, zeigt, dass sich eine Mehrheit, gerade während der Corona-Pandemie, nicht ausreichend an politischen Entscheidungen beteiligt und gehört fühlt.

- Wie kann es gelingen, Kinder und Jugendliche aufzufangen, die während der Pandemie den Anschluss verloren haben?

In den nächsten Monaten und Jahren muss der politische Fokus vor allem darauf liegen, Folgen der Pandemie für junge Menschen abzufedern. Mit einer Ausbildungsplatzgarantie, der Kindergrundsicherung, Kinderrechten im Grundgesetz, der Gebührenfreiheit von Bildung und mehr Beteiligung von jungen Menschen an politischen Entscheidungen wäre ein großer Schritt in die richtige Richtung getan. Außerdem bedarf es individueller Förderangebote, die auf die Lernrückstände und Bedürfnisse der Kinder eingehen.

- Benötigt es für das Bearbeiten von Kinderarmut und Jugendarmut unterschiedliche politische Instrumente und wie sehen diese aus?

Neben der Einführung der Kindergrundsicherung, wie die Wohlfahrtsverbände sie fordern, müssen Informationsangebote und Förderangebote in Schulen und sozialen Einrichtungen gestärkt werden und flächendeckend multiprofessionelle Teams aus Lehrern, Sozialarbeitern, Psychologen und Förderlehrern eingeführt werden. Nur mit gezielter Unterstützung können wir der Armutsspirale entgegenwirken, dazu gehört auch die gebührenfreie Nutzung des ÖPNV, die Stärkung der Vereinsarbeit und der weitere Ausbau von gebundenen Ganztagschulen.

- Entsteht durch die Erfahrungen des vergangenen Jahres ein erhöhtes Gemeinschaftsgefühl, mehr Empathie und Toleranz oder ist eine verstärkte IchBezogenheit zu erwarten?

Wir haben gerade zu Beginn der Pandemie eine starke Solidarität von jungen Menschen im Saarland erlebt. Viele Schüler*innen, Auszubildende und Studierende haben sich bei Vereinen und Initiativen gemeldet und ihre Hilfe angeboten. Eine Welle der Solidarität, die in weiten Teilen bis heute anhält.

Es ist nun auch Aufgabe von Politik, jungen Menschen Perspektiven zu bieten und ihnen Ängste, die zur Ichbezogenheit führen könnten, zu nehmen. Das kann über eine Ausbildungsplatzgarantie, gezielte Förderangebote und echte Beteiligung gelingen. Wenn sich niemand in dieser Gesellschaft abgehängt fühlen muss, dann ist das der Nährboden für Empathie, Toleranz und ein ausgeprägtes Gemeinschaftsgefühl.

Bildung

- Wie können Zukunftschancen insbesondere an den Übergängen in Schulen aber auch von Schule in Ausbildung erhöht werden?

Wichtig ist eine hohe soziale Durchlässigkeit der Institutionen, die man unter anderem über den Ausbau der Gemeinschaftsschulen vorantreiben kann. Außerdem müssen Beratungsangebote und Förderangebote ausgebaut werden. Die Gebührenfreiheit von Bildung spielt auch hier eine maßgebliche Rolle. Auch der Wohnraum muss bezahlbar und ordentlich sein. Dafür braucht es mehr sozialen Wohnungsbau in den Städten.

- Wie müssen multiprofessionelle Teams in Schulen ausgestattet sein, um den neuen Herausforderungen zu begegnen?

Um die beste Betreuung von Beginn an sicherstellen zu können, brauchen wir mehr Lehrpersonal, darunter mehr Schulsozialarbeiter*innen, Psycholog*innen, Sonderpädagog*innen und andere Professionen. Multiprofessionelle Teams müssen besser finanziell ausgestattet werden und auch aufsuchend tätig werden.

- Funktioniert digitale Bildung und welche Elemente könnte man auch in die Schule der Zukunft einbauen?

Digitale Bildung kann nur dann gelingen, wenn der Breitbandausbau als Grundvoraussetzung vorangetrieben wird. Außerdem müssen alle Schüler*innen ein digitales Endgerät kostenfrei zur Verfügung gestellt bekommen. Die Lehrpläne müssen erweitert und ausgebaut werden, um das digitale Lernen einzubinden. Sowohl Schüler*innen als auch Lehrer*innen müssen die Kompetenzen im Umgang mit der Hardware und den sozialen Medien erwerben. Dafür braucht es Investitionen in Weiterbildung.

- Wie verändern sich Gruppendynamiken in Klassen, die rein digital unterrichtet werden?

Der digitale Unterricht darf den Präsenzunterricht niemals ersetzen. Gerade für das Sozialleben von jungen Menschen ist der persönliche Austausch essentiell und muss weiterhin im Fokus stehen. Schule ist ein sozialer Lern- und Lebensort, an dem junge Menschen einen Großteil ihrer Zeit verbringen. Der rein digitale Unterricht kann zu Ausgrenzung, Einsamkeit und Isolation führen und ist deswegen niemals ein adäquater Ersatz für den Präsenzunterricht.

Außerschulische Jugendarbeit

- Welche Jugendliche konnten während der Pandemie nicht mehr erreicht werden?

Die Kinder- und Jugendarbeit ist gerade für junge Menschen aus schwierigen Verhältnissen ein Rettungsanker und die Anlaufstelle bei Schwierigkeiten mit dem

Elternhaus, schulischen Problemen oder emotionalen Belastungen. Durch die Verlängerung des Lockdowns gerät auch die Kinder- und Jugendarbeit zunehmend unter Druck. Die mangelnde Transparenz der Öffnungskriterien für Jugendzentren und freie Jugendräume sorgt für große Unsicherheiten bei den Trägern der freien Jugendhilfe und wird der Stellung von selbstorganisierter Jugendarbeit in dieser Gesellschaft nicht gerecht. Auch die finanzielle Situation der freien Träger und der Vereine verschlechtert sich aufgrund fehlender Einnahmen rapide. Es muss sichergestellt werden, dass trotz der Pandemie genügend Mittel für die freie Kinder- und Jugendarbeit zur Verfügung steht.

Die Jugendarbeit ist längst nicht nur ein Freizeitangebot, sondern viel mehr ein außerschulischer Bildungsort und ein Schutzraum für Jugendliche, die Zuhause nicht sicher sind.

- Mit welchen Formen konnte trotz Abstands- und Hygieneregeln offene Jugendarbeit geleistet werden?

Einzelgespräche konnten in den meisten Jugendzentren stattfinden. Trotzdem fehlt ein transparenter Katalog, unter welchen Hygienemaßnahmen Jugendzentren und selbstorganisierte Jugendräume öffnen können, um einen sicheren Raum für Jugendliche zu schaffen. Es kann nicht sein, dass in manchen Landkreisen trotz Öffnungsperspektiven in der Rechtsverordnung Jugendzentren geschlossen bleiben müssen.

Ein Großteil der Jugendarbeit konnte auch in den digitalen Raum verlegt werden und somit zumindest einen Teil der jungen Menschen erreichen.

- Was macht es mit Jugendlichen, wenn man seine Jugend inklusive der häufig auftretenden Formen von Protest, Rebellion und Selbstfindung auf Grund der Lockdowns nicht leben konnte?

Viele Ereignisse, auf die lange hingearbeitet und die Sehnlichst herbeigeseht wurden, konnten nicht wie geplant stattfinden: Abschlussfahrten, Abibälle, Mottowoche, Einschulungen und vieles mehr. Für junge Menschen ist es nun wichtig, dass von ihnen nach Corona keine direkte Rückkehr in den Alltag verlangt wird. Man muss jungen Menschen die Zeit und die Freiräume einräumen, verpasste Dinge nachzuholen.

- Benötigt die soziale Arbeit ein ergänzendes Online-Streetwork, welches Jugendliche auf digitalem Wege erreichen kann?

Ein zusätzliches digitales Angebot wäre wünschenswert. Dabei darf Online-Streetwork nicht die wichtige Arbeit der Sozialarbeiter*innen vor Ort ablösen oder ersetzen. Um das Angebot erweitern zu können, müssen personelle und finanzielle Ressourcen erweitert werden.

- Welche Unterstützung benötigen Vereine?

Vereine müssen vor allem in der Nachwuchsarbeit nach Corona unterstützt werden. Zusätzlich müssen finanzielle Engpässe, die durch fehlende Feste und andere fehlende Einnahmemöglichkeiten entstanden sind, ausgeglichen werden. Das Vereinsleben stärkt den Zusammenhalt vor Ort und muss auch dementsprechend gefördert werden.

Kinder und Jugend in der digitalen Welt

- Rechnen Sie damit, dass vermehrt Jugendliche nicht mehr erreicht werden können, weil sie in der digitalen Welt abgetaucht sind?

Um alle Jugendlichen nach Corona erreichen zu können, müssen wir die Arbeit von Schulsozialarbeiter*innen und multiprofessionellen Teams stärken. Die Folgen der Corona Pandemie müssen über viele Jahre und mit vielen weiteren Fördermöglichkeiten als Schwerpunkt politischen Handelns abgedeckt werden. Kein Kind darf zurückgelassen werden.

- Stellen Sie fest, dass extremistische Gruppierungen ihren digitalen Zugriff auf Jugendliche während der Pandemie noch ausgeweitet haben?

Der Umgang mit dem Internet muss als Kernkompetenz so früh wie möglich erlernt werden. Bereits in der KiTa muss spielerisch auf die Gefahren und Chancen der sozialen Medien hingewiesen werden. Junge Menschen müssen in die Lage versetzt werden Nachrichten auf ihren Wahrheitsgehalt zu überprüfen und Fake News zu erkennen. Außerdem müssen sie wissen, an welche Stellen sie sich bei Fake News, Hass, Hetze und Mobbing wenden können.

- Werden Ihnen vermehrt Fälle von Cybermobbing und Cybergrooming bekannt?

Das Internet ist kein gewaltfreier Raum. Mobbing, Ausgrenzung und Hass finden auch dort statt. Deswegen ist es umso wichtiger, jungen Menschen frühzeitig Medienkompetenz zu vermitteln und sie auch für den Ernstfall zu schulen. Es muss allen jungen Menschen klar sein, was ihr Handeln im Internet für andere bedeuten kann. Cybermobbing endet nicht, wenn man den Internetbrowser schließt. Es ist eine echte Gefahr für die (seelische) Gesundheit von jungen Menschen und kann sich massiv in der Realität auswirken. Die Plattformen müssen in die Verantwortung genommen werden und ein rechtssicherer digitaler Raum geschaffen werden. Es müssen Strategien gegen Hatespeech in der Schule vermittelt werden und auf Hilfsangebote hingewiesen werden.

- Ihr Blick in die Zukunft- wie wird Corona die Nutzung Jugendlicher von digitalen Medien verändern? Wird es eher zu einer verstärkten Nutzung kommen oder wird die Freude über ein analoges Leben überwiegen? Werden die Treffen mit Gleichaltrigen wieder an Wichtigkeit dazu gewinnen?

Der digitale Raum hat bereits eine große Bedeutung für junge Menschen. Eine verstärkte Nutzung der sozialen Medien ist über die letzten Monate gewachsen. Mit dieser vermehrten Nutzung geht aber oft auch eine digitale Müdigkeit einher. Deswegen gehen wir davon aus, dass die Freude am analogen Leben nach Corona überwiegen wird und sich das Sozialverhalten von jungen Menschen wieder an das Leben vor Corona annähern wird.

- Wie kann man Jugendliche mit politischer Bildung schulen digitaler Desinformationen im Internet zu erkennen?

Von der KiTa an müssen digitale Kompetenzen vermittelt werden. Auch in der Schule muss der Lehrplan angepasst und um solche Informationen erweitert werden. Im Rahmen von Projekttagen kann man den Umgang mit Fake News erlernen.

Mobilität

-Werden Jugendliche erst verspätet einen Führerschein erwerben können und hat das Auswirkungen auf die berufliche Orientierung?

Der Hauptgrund, warum Jugendliche keinen Führerschein machen, ist der Preis des Führerscheins. Aber gerade im ländlichen Raum ist man auf ein Auto angewiesen, um zu einem etwaigen Ausbildungsort zu kommen, wenn man nicht zwei Stunden mit dem ÖPNV unterwegs sein will auf einem Weg. Es ist also auch aus Teilhabe-Gesichtspunkten wichtig, dass wir einen vollausgebauten ÖPNV haben. Es kann nicht sein, dass Jugendliche nicht ihre Wunschausbildung beginnen können, nur weil sie nicht zum Ausbildungsort gelangen können.

Viele Jugendliche beginnen ihre Ausbildung mit 16 Jahren. Da ist der eigene Führerschein noch kein Thema bei der Wahl der Ausbildung. Es ist eher eine Frage, ob man zu seinem Ausbildungsort gelangt. Gerade in Handwerksberufen kann ein Führerschein durch den Ausbildungsbetrieb gefördert werden, da er wichtig für die berufliche Ausbildung ist. Da kann diese Förderung durchaus als Werbemittel für die Ausbildung genutzt werden. In großen Industriebetrieben ist das aber weniger ein Thema. Für Jugendliche, die erst nach dem Abitur mit einer Ausbildung beginnen kann das Thema Auto schon anders aussehen. Gerade mit einem attraktiven ÖPNV kann der Wunsch nach einem Führerschein nach hinten rücken. Beginnen die Jugendlichen dann ein Studium im Saarland, dann haben sie ein Semesterticket. Mit dem Semesterticket kann man den ÖPNV im ganzen Saarland ohne zeitliche Begrenzung nutzen. Das bedeutet ein großes Plus an Mobilität. Viele Jugendliche sind dann aber dennoch auf ein Auto angewiesen, da der ÖPNV momentan noch zu schlecht getaktet ist.

-Wie wichtig ist Jugendlichen das eigene Auto?

Entscheidend für diese Frage ist, für was Jugendliche ein Auto brauchen. Für Jugendliche, die in ländlichen Gegenden wohnen, ist es ein entscheidendes Fortbewegungsmittel, um mit Freund*innen in Kontakt zu bleiben und mobil zu sein. Ein eigenes Auto bedeutet Freiheit. Viele Jugendliche würde auf andere Fortbewegungsmittel wie den ÖPNV ausweichen, wenn man damit genau so schnell von A nach B kommen kann. Das ist aber im Saarland noch nicht der Fall. Auf der anderen Seite kann ein Auto für Jugendliche auch ein Statussymbol sein, als erste „große Investition“, die man mit selbstverdientem Geld angeschafft hat. Dieser Wunsch kann aber nach hinten gedrängt werden, wenn die Mobilität von Jugendlichen im Saarland nicht mehr nur auf das Auto konzentriert ist. Wenn wir einen vollausgebauten, gebührenfreien ÖPNV haben, dann können wir diese Frage in wenigen Jahren mit „Jugendlichen ist ein eigenes Auto nicht wichtig“ beantworten.

-Wünschen sich Kinder und Jugendliche mehr klimafreundliche Mobilität?

Durch die Fridays for Future Proteste ist das Thema Klima in den Fokus von Kindern- und Jugendlichen gerückt. Sie setzen sich schon sehr früh mit dem Thema klimaneutrale Mobilität auseinander. Das fängt schon beim eigenen Schulweg an. Viele Kinder und Jugendliche sind auf den ÖPNV als Fortbewegungsmittel angewiesen, um morgens zu ihrer Schule zu kommen. Gerade in ländlichen Gegenden ist meist der Schulbus auch der einzige Bus, der morgens in die nächste Stadt fährt. Mobilität ist auch ein Thema in der Freizeit von Jugendlichen. Viele Kinder und Jugendliche sind in Vereinen aktiv, die nicht unbedingt in ihrem Heimatort sind. Bei einer schlechten Taktung des ÖPNV ist man dann auf ein Auto angewiesen. Als Alternative könnte man das Fahrrad nennen, da sind sichere Fahrradwege aber meist auch keine Realität. Da taucht schnell die Frage auf, ob man die Mobilität nicht anders organisieren kann. Sicher ist, es kann nicht bei dem momentanen Konzept des ÖPNV bleiben. Kinder und Jugendliche wünschen sich eine Umdenken in Sachen Mobilität.

-Wie kann der ÖPNV attraktiver werden?

Der ÖPNV kann mit einem verständlichen Ticketsystem attraktiver werden. Dabei muss das langfristige Ziel die Gebührenfreiheit des ÖPNV sein. Das Wabensystem führt zu vielen Problemen, gerade, wenn man an einer Wabengrenze wohnt. Es muss abgeschafft werden. An seine stellen können an die Nutzer*innen angepasste Ticketoptionen rücken. Das muss einhergehen mit einem vollausgebauten ÖPNV. Selbst in kleinen Orten müssen gute Taktungen erreicht werden, dass der ÖPNV eine echte Alternative zum Auto wird. Wichtig dabei ist auch, dass Anschlussverbindungen aufeinander abgestimmt werden. Es kann nicht sein, dass man einen Bus in die Kreisstadt verpasst, nur weil der Bus aus dem eigenen Dorf zur gleichen Minute ankommt, wie der andere los fährt. Das gleiche gilt auch für die Abstimmung von Bus und Bahn als

Anschlussverbindungen. Viele Jugendliche sind auf mehrere Anschlussverbindungen angewiesen, um ihren Ausbildungsort zu erreichen. Das muss schnell möglich sein und darf nicht zu unnötigen Wartezeiten an tristen Bahnhöfen führen. Zu einer Attraktivitätssteigerung führt auch eine kostenlose Fahrradmitnahme. Im Saarland gibt es auch bereits stillgelegte Bahnstrecken. Diese können reaktiviert werden, um ein besser vernetztes Bahnnetz zu erzielen. Im Saarland leben wir in der Großregion. Das muss genutzt werden, indem man einen Verkehrsverbund für die Großregion bildet. In Luxemburg gibt es bereits einen gebührenfreien ÖPNV, das sollte ein Vorbild sein.

Klimapolitik und Nachhaltigkeit

- Hat die Corona-Pandemie bei Kindern und Jugendlichen das Bedürfnis nach Klimagerechtigkeit und Umweltschutz weiter verschärft?

Die Corona Pandemie hat erneut gezeigt, dass Krisen nur global bekämpft werden können und dass Krisen wie die Klimakrise und die Corona-Krise das soziale Ungleichgewicht weiter verschärfen. Um künftig Krisen, wie die Corona Krise zu vermeiden, müssen wir unsere Umwelt besser schützen und unsere Lebensgrundlage erhalten.

Durch die Corona Krise wurde ein neues Bewusstsein für unsere Privilegien und unsere Verantwortung geschaffen. Es ist im Sinne vieler junger Menschen, dass zwischen Ökologie und Ökonomie ein verträglicher Ausgleich geschaffen wird. Gerade im Saarland muss es gelingen, dass gute Arbeitsplätze erhalten bleiben und gleichzeitig Klimaneutralität vorangetrieben wird. Niemand darf bei diesem Transformationsprozess vergessen oder übergangen werden.

- Erleben Klima- und Umweltorganisationen einen (digitalen)Zuwachs von Interessierten oder droht die Thematik in den Hintergrund zu rücken?

/

Beteiligung

- Fraktionen und Parteien haben während Corona verschiedene digitale Veranstaltungsformate erprobt. Sollten solche Formate auch nach der Pandemie beibehalten werden, um Jugendliche zu erreichen?

Viele digitale Formate können nach der Corona Pandemie als zusätzliches Angebot erhalten bleiben. Der niedrighschwellige digitale Zugang kann Partizipation und Teilhabe erleichtern und somit Politik noch barrierefreier und inklusiv gestalten. Trotzdem lebt der politische Austausch auch von dem Miteinander vor Ort. Deswegen kann das digitale Format nicht alle bereits bestehenden Veranstaltungsformate ergänzen. Es gilt einen sinnvollen Ausgleich zu finden.

- Mit welchen Formaten kann Politik Kinder an Entscheidungsprozessen beteiligen?

Bereits in der KiTa und Schule müssen erste Beteiligungsmöglichkeiten geschaffen und erlernt werden. Viele Kinder kommen zum ersten Mal in der Schule mit unserer Demokratie in Kontakt. Sie muss erlernt und erlebt werden, um sie zu schätzen. Mitbestimmung beginnt nicht erst während des Arbeitslebens, sondern ab der ersten Klasse. Dafür muss die Schüler*innenvertretung gestärkt werden, durch die nötige Zeit, materielle Ausstattung und Unterstützung. Darunter fallen unter anderem die Bereitstellung eines Raumes und von Büromaterialien, sowie die Möglichkeit während der Unterrichtszeiten Aufgaben der Schüler*innenvertretung wahrzunehmen. Um eine Begegnung auf Augenhöhe zu ermöglichen, müssen die demokratischen Gremien der Schule paritätisch zu gleichen Teilen mit Lehrer*innen, Eltern und Schüler*innen besetzt werden. Nur so fühlen sich Schüler*innen ernstgenommen und können demokratische Prozesse erlernen. Jugendarbeit braucht eine funktionierende Infrastruktur. Seien es Räume, in denen regelmäßig Treffen stattfinden können mit funktionierenden Sanitäranlagen oder Seminarräume. Gerade im ländlichen Raum ist es oft schwer geeignete Räumlichkeiten zu finden. Schullandheime und Jugendherbergen bieten Platz zum Austausch und zur Vernetzung und sind für viele Vereine unerlässlich. Deswegen muss massiv in den Erhalt dieser Plätze investiert werden und Investitionsstau behoben werden. Auch auf kommunaler Ebene muss Raum für Jugendliche geschaffen und erhalten werden. Vor allem bei finanziell schwachen Kommunen werden Investitionen in Freizeitangebote hintenangestellt und kommen oft zu kurz. Das liegt daran, dass es aktuell als freiwillige Leistung gilt und nicht zwingend finanziert werden muss. Hier besteht Handlungsbedarf. Das ist nicht im Sinne einer guten Politik für junge Menschen, die dort oft zum ersten Mal mit unserer Demokratie in Kontakt kommen. Wenn wir Jugendliche in den Kommunen halten und unterstützen wollen, dann brauchen wir eine Verbesserung der Infrastruktur.

Gute Jugendpolitik kann nur mit echter Beteiligung funktionieren. Deshalb muss das Wahlalter auf 16 Jahre herabgesetzt werden. Ergänzend dazu müssen Kommunen verpflichtet werden, dass sie junge Menschen bei sie betreffenden Themen nicht nur anhören können, sondern in angemessener Form müssen. Zum Beispiel durch anlassbezogene Jugendforen, Anhörungen oder durch die Einsetzung von Jugendbeiräten. Das kann nur über eine Gesetzesänderung des § 49 a II KSVG, in eine Muss-Vorschrift, gelingen. Daneben unterstützen wir auch andere Formen der echten Jugendbeteiligung auf kommunaler Ebene. Zudem soll auf Landesebene ein Jugendlandtag/Jugendparlament eingerichtet werden, der mit echten Beteiligungsrechten ausgestattet ist. Auch im Rahmen von Gesetzgebungsverfahren soll das Jugendparlament gehört werden und der/die Vorsitzende/n soll in parlamentarischen Ausschüssen ein Berichtsrecht haben. Außerdem muss das Jugendparlament mit eigenen Geldern ausgestattet sein. Im Zusammenhang mit einem Jugendparlament soll auch ein „Fonds für junge Ideen“ eingerichtet werden. Dabei handelt es sich um ein Gremium, welches sich unter anderem aus Mitgliedern des Jugendparlamentes, Schülervertretungen, des

Landesjugendrings und weiteren Akteuren zusammensetzt und über die Vergabe projektbezogener Fördermittel entscheidet. Die Idee dahinter ist, dass die Jugendlichen selbst über Projekte von und für junge Menschen entscheiden. Diese können sich sowohl auf lokale als auch auf landesweite Initiativen beziehen.

DIE LINKE Fraktion

A) Soziale Lage, Teilhabe und Beteiligung:

-Wie hat sich die soziale Ungleichheit von Kindern und Jugendlichen aus verschiedenen Familien Ihrer Erfahrung nach in den letzten Jahren entwickelt?

Die Corona Pandemie hat das soziale Ungleichgewicht weiter verschärft. Jedes fünfte Kind im Saarland lebt in finanzieller Armut, die Tendenz ist steigend. Die Corona Krise droht diese Situation weiter zu verschärfen und die Ausgrenzung zu manifestieren. Gerade die finanziell Schwächsten scheinen die größten Verliererinnen und Verlierer der Pandemie zu werden. Die Eltern der betroffenen Kinder arbeiteten häufiger in Teilzeit oder als Minijobber und gehören zu der Gruppe, die als erste ihren Job verliert, wenig oder kein Kurzarbeitergeld erhalten. Finanzielle Armut bedeutet aber viel mehr, als nur zu wenig Geld. Oft wird finanzielle Armut durch soziale Armut begleitet. Die Armutsquote wird voraussichtlich durch Corona weiter steigen. Menschen, die bisher an der unteren Schwelle der Mittelschicht lagen, sind nun von Armut betroffen. Für Kinder aus finanziell schwächeren Familien wurde die Situation in viererlei Hinsicht verschlechtert: Die Fördermöglichkeiten im Home-Schooling waren begrenzt, oft wurde das Arbeiten durch fehlende oder schlechte Hardware erschwert und der Zugang zu schnellem Internet war vielen Kindern und Jugendlichen verwehrt. Unterschiedliche Faktoren, wie beispielsweise das Leisten von Care-Arbeit oder Zusammenleben auf engstem Raum sind maßgeblich dafür, wie die Menschen durch die Krise kommen.

-Wie beurteilen Sie die Teilhabemöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen aus einkommensschwachen Haushalten und inwieweit sind sie und ihre Familien überhaupt erreichbar für Teilhabe- und Beteiligungsformen?

Jungen Menschen aus schwierigen Verhältnissen fehlt oft die nötige Information über bereits bestehende Beteiligungsmöglichkeiten. Auch für finanziell schwächere Familien kann eine Beteiligung oft abschreckend wirken, da sie meist mit Kosten (ÖPNV, Verpflegung, Vereinsbetrag etc.) versehen ist. Deswegen gilt es bei allen Beteiligungsmodellen, strukturelle Beteiligungsbarrieren – z.B. nach Bildung, sozialer Herkunft, finanziellen Möglichkeiten, Geschlecht, Migrationshintergrund, verfügbarer Zeit, körperlichen Einschränkungen, Sozialräumen – soweit wie möglich abzubauen.

Wir müssen, auch und vor allem bei den Beteiligungsmodellen, den Menschen in

den Mittelpunkt stehen. Wir müssen uns von einer „Komm-Gesellschaft“ zu einer „Hingeh-Gesellschaft“ entwickeln.

-Wie viel Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Haushalten erreichen Sie bzw. wie hoch ist der Anteil von Kindern und Jugendlichen aus einkommensschwachen Haushalten an Ihren Mitgliedern/Zielgruppen/Kunden im Vergleich zu Kindern und Jugendlichen aus einkommensstärkeren Haushalten?

Leider haben wir hierzu keine statistische Erfassung. Bei uns im Verband gibt es eine verhältnismäßig große soziale Durchmischung. Im Hinblick auf die Sozialstruktur aller Parteien ist aber leider davon auszugehen, dass Menschen mit ausgebildeten Privilegien häufiger die zeitlichen und finanziellen Ressourcen für Engagement haben.

B) Kinder und Jugend in der digitalen Welt

-Wie beurteilen Sie die Teilhabemöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen aus einkommensschwachen Haushalten in der digitalen Welt, also beispielsweise bei Homeschooling oder Online-Recherchen für die Schule oder die Berufssuche, etc.?

Digitale Bildung kann nur dann gelingen, wenn der Breitbandausbau als Grundvoraussetzung vorangetrieben wird. Außerdem müssen alle Schüler*innen ein digitales Endgerät kostenfrei zur Verfügung gestellt bekommen. Kinder aus finanziell schwächeren Haushalten haben oft nicht die gleiche Hardware und somit entstehen ihnen Nachteile gegenüber anderen Kindern. Die Corona Pandemie hat das soziale Ungleichgewicht weiter verschärft. Jedes fünfte Kind im Saarland lebt in finanzieller Armut, die Tendenz ist steigend. Die Corona Krise droht diese Situation weiter zu verschärfen und die Ausgrenzung zu manifestieren. Gerade die finanziell Schwächsten scheinen die größten Verliererinnen und Verlierer der Pandemie zu werden. Die Eltern der betroffenen Kinder arbeiteten häufiger in Teilzeit oder als Minijobber und gehören zu der Gruppe, die als erste ihren Job verliert, wenig oder kein Kurzarbeitergeld erhalten. Finanzielle Armut bedeutet aber viel mehr, als nur zu wenig Geld. Oft wird finanzielle Armut durch soziale Armut begleitet. Die Armutsquote wird voraussichtlich durch Corona weiter steigen. Menschen, die bisher an der unteren Schwelle der Mittelschicht lagen, sind nun von Armut betroffen. Für Kinder aus finanziell schwächeren Familien wurde die Situation in viererlei Hinsicht verschlechtert: Die Fördermöglichkeiten im Home-Schooling waren begrenzt, oft wurde das Arbeiten durch fehlende oder schlechte Hardware erschwert und der Zugang zu schnellem Internet war vielen Kindern und Jugendlichen verwehrt.

Unterschiedliche Faktoren, wie beispielsweise das Leisten von Care-Arbeit oder Zusammenleben auf engstem Raum sind maßgeblich dafür, wie die Menschen durch die Krise kommen.

-Stellen Sie eine soziale Spaltung im Netz fest, was Zugang, technische Ausstattung und Nutzungsverhalten angeht, und wenn ja, wie äußert sie sich?

Ja, siehe oben.

-Wie sahen aus Ihrer Sicht in der Corona-Pandemie der Zugang und die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen aus einkommensschwachen Haushalten an Online-Schulangeboten aus und was wäre nötig, um gleichen Teilhabe für alle zu gewährleisten?

- Kostenfreie Abgabe von digitalen Endgeräten an alle Schüler*innen
- Gebührenfreies Förderangebot für digitale Kompetenzen und Nachhilfe
- Breitbandausbau im ganzen Saarland
- Gebührenfreies WLAN an allen Schulen
- Schulbuchausleihe ausbauen und gebührenfrei gestalten
- Digitales Lernen darf nie den Präsenzbetrieb ablösen

C) Bildung

-Welche Anstrengungen sind aus Ihrer Sicht nötig, um wirklich Bildungschancen für alle Kinder und Jugendlichen zu gewährleisten?

Bildungsgerechtigkeit kann vor allem über Bildungsgleichheit erreicht werden. Soziale Ungleichheiten müssen über das Bildungssystem abgebaut werden. Dafür müssen Gemeinschaftsschulen ausgebaut und unterstützt werden und die Gebührenfreiheit von der KiTa bis hin zum Meister oder Master gewährleistet werden. Um die beste Betreuung von Beginn an sicherstellen zu können, brauchen wir mehr Lehrpersonal, darunter mehr Schulsozialarbeiter*innen, Psycholog*innen, Sonderpädagog*innen und andere Professionen. Der Bildungserfolg der Kinder darf nicht mehr vom Geldbeutel der Eltern abhängen.

Unser Bildungssystem soll allen Kindern und Jugendlichen gleich und frei zugänglich sein, unabhängig von ihren Fähigkeiten, Beeinträchtigungen oder Behinderungen sowie von ihrer ethnischen, kulturellen oder sozialen Herkunft. Diese diskriminierungsfreie Teilhabe an den Lern- und Betreuungsangeboten erfordert in erster Linie die Barrierefreiheit. Um die UN-Behindertenrechtskonvention, die bis 2020 benachteiligten Menschen ein besseres Leben in der Mitte unserer Gesellschaft ermöglichen soll, umsetzen zu können, fordern wir stärkere finanzielle Unterstützung vom Land für barrierefreien Umbau von Schulen und Universitäten